

„VERGESSEN“ MIT METHODE:

# Im ORF ist für die Kleinen selten Platz

Das wirkliche Leben spielt sich nicht im Fernsehen ab. Deshalb wissen viele Menschen, wie aktiv und beharrlich sich die KPÖ in Stadt und Land für die Anliegen der Bevölkerung einsetzt.

Die Landtagsabgeordneten sind auf allen Ebenen aktiv. Sie haben auch in den Sitzungen etwas zu sagen. Wer will, kann dies bei den Internet-Live-Übertragungen hören.

In „Steiermark heute,“ ist für die Kleinen Parteien bei den Berichten über die Landespolitik aber sehr selten ein Platz. Da kommen vor allem SPÖ und ÖVP zu Wort. Wenn die Kamera über die Sitzreihen streift, kann man die KPÖ-Abgeordneten einige Sekunden lang sehen.

Viele positive Initiativen der KPÖ werden einfach ignoriert oder totgeschwiegen. Dafür ist jeder noch lächerliche Streit zwischen ÖVP und SPÖ eine Meldung wert.. Sind sie

vielleicht uninteressant? Die Berichte darüber in anderen Medien sind der Gegenbeweis. Gibt es im ORF-Steiermark eine unsichtbare Hand, die auf den Stop-Knopf drückt, wenn die KPÖ erscheint, oder ist das alles nur ein Zufall? Wir fürchten: Dieses „Vergessen“ hat Methode.

## Extrasteuer für Staatsfernsehen

Als es zu Beginn des Fernseh-Zeitalters darauf ankam, teure Technik und Programme zu finanzieren, wurden in vielen Ländern – auch in Österreich – Gesetze geschaffen, die von den Haushalten eine Extrasteuer für die Rundfunkversorgung in Form einer Gebühr einführen. Um die Einnahmen nationaler Fernsehanstalten wie dem ORF angesichts verstärkter EU-Integration aufrechterzuerhalten, glauben die Landesstudios brave Haus- und Hofberichterstattung betreiben zu müssen, um die Landeshauptleute gnädig zu stimmen.



Ungerechter ORF? Tatsache ist, dass die Großparteien ihren Senf überall abgeben dürfen, während die Anliegen der Kleinen gern verschwiegen werden.

## Rundfunkgebühren-Befreiung

Wer soziale Unterstützungen (Arbeitslosen-, Pflegegeld, Sozialhilfe, Studienbeihilfe, Pension) bekommt, ist von der Rundfunkgebühr befreit, wenn das Haushaltseinkommen unter einer bestimmten Grenze liegt.

Leute aber, die gleich viel bzw. wenig Geld durch (schlecht bezahlte) Arbeit verdienen, wer-

den von der Rundfunkgebühr nicht befreit. „Das ist ungerecht und eine Ungleichbehandlung von armen und sozial schwachen Menschen“, meint die Grazer KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer. Sie fordert, dass die Fernmeldegebührenverordnung entsprechend angepasst und damit der Zugang zur Gebührenbefreiung leichter wird.

## KOMMENTAR



Von Andreas Fabisch, Kollegium des Landesschulrates

## Schulleiterbestellungen: Parteibuchwirtschaft oder Basisdemokratie?

Das „Kollegium des Landesschulrates“ besteht aus 15 schulnahen Personen, die von den Parteien – basierend auf dem letzten Landtagswahlergebnis – vorgeschlagen werden. Derzeit: 7 SPÖ, 7 ÖVP, 1 KPÖ.

Dieses Gremium erstellt einen gereihten Dreivorschlag der DirektorenanwärterInnen. Wer tatsächlich SchulleiterIn wird, entscheidet die Landes-

regierung (bei Pflichtschulen) bzw. die Bundesministerin (bei höheren Schulen). Meistens werden die Vorschläge akzeptiert.

Die Reihung der KandidatInnen erfolgt nach Berücksichtigung verschiedener Kriterien: Dienstbeurteilung, Berufsbiografie, das AC-Ergebnis (Auftritt vor einer Jury), Dienstalter und die Stellungnahme der Schulpartner (Lehrer, Eltern, Schüler) zählen dazu.

WIE nun die einzelnen Faktoren gewichtet werden, hängt

leider immer wieder auch von parteipolitischen Schachzügen ab, die die KPÖ aber strikt ablehnt.

Obwohl ich die Überlegungen, Schulen sollten sich ihre LeiterInnen selbst aussuchen, auch nicht bedenkenlos unterstützen kann, muss stets dafür gesorgt werden, dass die Stimme der Schulpartner ernst genommen wird und auch mehr Gewicht bekommt. Das verstärkt nicht nur die Bedeutung eines guten Schulklimas – einer Wiener Handelsakademie droht

wegen der unerträglichen Kommunikationskultur zwischen Lehrern und Direktorin sogar die Auflösung! – nein, auch der Parteibuchwirtschaft werden so stärker die Grenzen aufgezeigt.

Etwaige Versuche (wie kürzlich von LSR-Präsident Erlitz), eindeutige Stellungnahmen der Schulpartner gänzlich zu ignorieren, wird die KPÖ im Sinne von Objektivität und Basisdemokratie niemals unterstützen!

Andreas Fabisch  
Vertreter der KPÖ im  
Kollegium des Landesschulrates